



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 24. Mai 2012

Datum: 22. Mai 2012

Nummer: 2012-142

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Mündliche Anfragen

für die Landratssitzung vom 24. Mai 2012

Vom 22. Mai 2012

1. Regina Vogt-Huber: Freizügigkeit mit Uni Spital Basel: Neue Überraschung im Gesundheitswesen!

Im Zeitraum des Entlastungspaketes, einem steigendem Defizit von über 210 Millionen Franken sowie zunehmend steigenden Gesundheitskosten für den Kanton Basellandschaft kommuniziert der Regierungsrat die Freizügigkeit für Patienten in den Baslerbieter und Basler Spitätern.

Fragen:

1. Wie bindend ist das Freizügigkeitszugeständnis der Regierung betreffend Universitätsspital an die Basler Regierung zu verstehen?
2. Auf welcher Stufe werden solche Vereinbarungen geregelt (Parlament, Gesamtregierung oder "nur" Direktion)?
3. Mit welchen finanziellen Auswirkungen rechnet der Regierungsrat aufgrund dieser Freizügigkeit?
4. Wie wird sich diese Aktion mit den bevorstehenden Sparmassnahmen bzw. der aktuellen Lage der Kantonsfinanzen vertragen?
5. Warum wurde die zuständige Kommission über dieses ausserordentliche Geschäft nicht informiert? Erhält sie noch die Möglichkeit, darüber zu beraten, um die Signalwirkung rechtzeitig zu relativieren?

2. Oskar Kämpfer: Frage zum Geschäft [2012-136](#); Nachtragskredite zum Budget 2012

Im Rahmen dieses Geschäftes gibt der Regierungsrat unter Punkt 3) eine Information zur erwarteten Entwicklung des Haushaltes 2012. Dabei fallen vor allem 3 Posten auf und führen zu den entsprechenden

Fragen:

1. Umsetzung der EP-Massnahmen der BKSD in Anpassung an die Beschlussfassung des Landrats 12.6 Mio Franken.
Welche Entlastungswirkung haben diese Kosten zu den EP-Massnahmen im Bereich der BKSD-Direktion im Jahre 2012!
2. Mehraufwand Sonderschulung und Mehraufwand Unterbringung in Heimen 3.7 Mio. Franken resp. 3.6 Mio. Franken.
Wieso konnten diese Kosten nicht besser geplant werden?

Sind diese Kosten im Zusammenhang mit dem Beschluss zum Sonderpädagogikkonkordat zu sehen? Handelt es sich um wiederkehrende Kosten oder sind es variable Werte?

3. Klaus Kirchmayr; Budgetierung Spitalkosten gem. KVG

Anlässlich der Budgetierung für das Jahr 2012 erlebte der Kanton Baselland bei den Spitalkosten eine negative "Überraschung", als er aufgrund des neuen KVG über 60 Millionen mehr budgetieren musste, als er im Finanzplan hatte. Diese Budgetierung war angesichts der nach wie vor teilweise ungeklärten Abrechnungsmethoden mit einigen Unsicherheiten behaftet. In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung der folgenden

Frage:

Wie präsentiert sich der Soll-/Ist-Vergleich der entsprechenden Kosten für den Kanton nach einem Drittel (4 Monaten) des Jahres?

4. Christine Koch Kirchmayr; Zwangsverschiebung von Sekundarschülern

Fragen:

1. Warum werden 6 zukünftige Niveau A Schüler aus Therwil in die Sekundarschule Binningen verschoben?
2. Warum soll diesen Kindern zugemutet werden täglich an drei anderen Sekundarschulstandorten (Sekundarschule Therwil, Oberwil, Bottmingen) vorbeizufahren, ehe sie die Sek in Binningen erreichen?
3. Warum können diese Schüler nicht die Sekundarschule einer Nachbargemeinde besuchen?

5. Felix Keller: Zwangsverschiebungen in Allschwil

Auch dieses Jahr wiederholt sich das Szenario, dass mit Beginn des neuen Schuljahres einige Sekundarschüler in die Nachbargemeinde ins Schulhaus - diesmal nach Binningen - gehen müssen. Dies hat wiederum grossen Unmut und regen Schriftwechsel ausgelöst.

Fragen:

1. Nach welchen Kriterien wurden diesmal einzelne Allschwiler Sekundarschüler ausgewählt, welche in die Nachbargemeinde zwangsverschoben werden?
 2. Ist die Feststellung korrekt, dass es mehrere Schüler/Innen mit der gleichen Stufeneinteilung gibt, die näher bei der Bushaltestelle der Linie 61 wohnen und dennoch in Allschwil die Schule besuchen dürfen, als diejenigen die nach Binningen in Schule müssen? Wenn ja, warum?
 3. Rechnet der Regierungsrat wiederum damit, dass das Kantonsgericht über die Zwangsverschiebung einzelner Schüler/Innen entscheidet?
-

6. Hanspeter Weibel/Georges Thüring: Schulraumplanung:**Fragen:**

1. Wenn man die in den letzten Monaten bekannt gewordenen Planungsvorhaben der Gemeinden betrachtet, werden insgesamt für einen grösseren 3-stelligen Millionenbetrag im Kanton Schulhäuser geplant. Weshalb braucht es im Kanton mehr Schulraum trotz gleich hohen Schülerzahlen?
 2. Welche Raumvorgaben hat der Regierungsrat bzw, allenfalls die Verwaltung den Gemeinden für die Schulraumplanung gemacht und mit welcher Begründung geht man von einem massiven Mehrbedarf an Schulraum aus?
 3. Aus welchen Gründen können Primar- und Sekundar-Schüler nicht im gleichen Schulhaus unterrichtet werden?
-

Landeskanzlei Basel-Landschaft